

Tim Guldemann

Die Tauben gegen die Falken unterstützen¹

Erfahrungen der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien

Positionen im Konflikt und seine provisorische Lösung

Der Konflikt, der Ende 1994 zum Krieg führte, war im Widerspruch zweier Positionen begründet: Die Position der tschetschenischen Konfliktpartei und heute die Position der tschetschenischen Regierung war bzw. ist, daß die Tschetschenische Republik in den Jahren 1991 und 1992 auf legalem Weg die Unabhängigkeit erlangt hat. Die Position der Russischen Föderation ging stets davon aus, daß Tschetschenien integraler Bestandteil der Föderation ist. Ziel der militärischen Operationen seit Ende Dezember 1994 war die "Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung" in der Republik gegen einen Widerstand, der als illegal galt. Die Akteure dieses Widerstands wurden von Moskau als Kriminelle und "Banditen" betrachtet. Im Verlaufe des militärischen Konflikts und seiner Beilegung erkannte Moskau jedoch nach und nach die tschetschenische Seite als Verhandlungspartnerin an.

Der Konflikt betraf sowohl die *Frage der Beziehung zwischen der Republik und Moskau* als auch die Machtfrage innerhalb der Republik. Die Beziehungsfrage war Gegenstand des bilateralen Verhandlungsprozesses und fand eine provisorische Lösung im Abkommen von Chasawjurt vom 31. August 1996, das festlegt, daß "über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der tschetschenischen Republik bis zum 31.12.2001 eine Vereinbarung erreicht werden soll". Diese Formulierung wurde von Moskau so interpretiert, daß es dabei um die Regelung der Beziehungen zwischen dem föderalen Zentrum und einem "Subjekt der Russischen Föderation" geht. Für Grosny wurde damit dem Unabhängigkeitsanspruch nicht widersprochen. Am 12. Mai 1997 unterzeichneten die Präsidenten Jelzin und Maschadow einen Friedensvertrag, der den Gewaltverzicht, den Aufbau gegenseitiger Beziehungen und die

1 Der folgende Rückblick auf die Arbeit der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien betrifft die Periode von Anfang Januar 1996 bis Ende April 1997. Er bringt ausschließlich die persönliche Meinung des Gruppenleiters jener Periode zum Ausdruck und verpflichtet weder die OSZE noch das schweizerische Außenministerium. Dieser Artikel erscheint in modifizierter Form in: Laurent Goetschel (Hrsg.), Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft, Bern 1997.

Grundlage weiterer Vereinbarungen festlegt. Auch wenn dieser Vertrag in der Wortwahl der tschetschenischen Position entgegenkommt ("hohe Vertragsparteien", "gleichberechtigte Beziehungen", "internationales Recht"), bleibt auch darin die Lösung der Statusfrage ausgeklammert.

Die *Machtfrage innerhalb der Republik* fand ihre Lösung in den Präsidentschaftswahlen vom 27. Januar 1997. Aslan Maschadow wurde bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent mit 59 Prozent der Stimmen gewählt. Präsident Jelzin gratulierte Maschadow mit seinem Scheiben vom 2. Februar zur Wahl und erkannte damit die neue Regierung in Grosny als legitim an.

Kein Staat hat die tschetschenische Unabhängigkeit anerkannt. Die Position der OSZE zur Statusfrage reflektiert die Position der Regierungen der Teilnehmerstaaten und geht deshalb von der *Integrität des Territoriums der Russischen Föderation* aus. Die Unterstützungsgruppe hat aber stets die Tatsache anerkannt, daß die Position der tschetschenischen Konfliktpartei die oben beschriebene Position ist. Auf der Grundlage der Prinzipien der OSZE und ihres Mandats unterstützte sie alle Schritte in Richtung auf eine friedliche Beilegung des Konflikts, für welche die Zustimmung der Konfliktparteien gefunden werden konnte, ohne daß die Unterstützungsgruppe den Inhalt und die Richtung dieser Schritte präjudizierte. Dadurch konnte sie sowohl im bilateralen Verhandlungsprozeß als auch bei der Durchführung der Wahlen eine wichtige Rolle spielen.

Etappen der Vermittlungsarbeit

Während des ungarischen OSZE-Vorsitzes stimmte Moskau der Schaffung der Unterstützungsgruppe zu, die am 24. April 1995 ihre Arbeit in Grosny aufnahm. In der Folge des tschetschenischen Terroranschlags im südrussischen Budjonnowsk im Juni wurde unter dem Vorsitz der damaligen Unterstützungsgruppe am 31. Juli 1995 ein Militärabkommen abgeschlossen. Es sah den Waffenstillstand, den Austausch der Gefangenen, die Entwaffnung und einen weitgehenden Truppenabzug vor. Das Abkommen wurde nicht eingehalten; die Kampfhandlungen nahmen wieder zu. Die Strategie Moskaus bestand in der folgenden Zeit darin, den tschetschenischen Widerstand militärisch in den Süden abzudrängen und zu isolieren und gleichzeitig den politischen Einfluß in der Republik über die lokale Regierung von Doku Sawgajew zu stärken, der in den umstrittenen Wahlen vom 17. Dezember 1995 "Republiksoberhaupt" wurde.

Die Unterstützungsgruppe sah sich bei meiner Amtsübernahme Anfang Januar 1996 in der schwierigen Lage, einerseits das Vertrauen der tschetschenischen Konfliktpartei verloren zu haben, weil diese der OSZE vorwarf,

gegenüber den russischen Verletzungen des Militärabkommens geschwiegen zu haben. Andererseits bestand ein Erwartungsdruck von Seiten Doku Sawgajews und des russischen Oberkommandierenden, deren Politik der "Friedensabkommen" mit den tschetschenischen Dörfern zu unterstützen. In diesen zum Teil erzwungenen Abkommen verpflichteten sich Dörfer, bei sich keine Widerstandskämpfer zu dulden, um selbst von Kampfhandlungen verschont zu werden.

Im März 1996 übermittelte die Unterstützungsgruppe zwei Berichte über die *Menschenrechtssituation* in Tschetschenien an die OSZE in Wien, von denen der zweite in Wien an die Presse gelangte. Darin wurde - neben dem Hinweis auf die Menschenrechtsverletzungen der tschetschenischen Konfliktpartei (Geiselnahmen) - die russische Kriegführung als "Kriegshandlungen gegen die Zivilbevölkerung" qualifiziert, die nicht mit "militärischer Notwendigkeit" gerechtfertigt werden können.

Dschochar Dudajew, der tschetschenische Präsident, der 1991 die Unabhängigkeit verkündet hatte, verweigerte der Unterstützungsgruppe jeden Kontakt. Am 17. April 1996 fiel er einem russischen Raketenschlag zum Opfer. Sein Nachfolger, Selimchan Jandarbijew, empfing mich am 9. Mai und äußerte seine Bereitschaft zu einem weitgehend bedingungslosen Treffen mit der russischen Regierung auf höchster Ebene. Zwei Tage später übermittelte ich diese Haltung Premierminister Tschernomyrdin. Es folgte eine Reihe von weiteren Treffen mit der tschetschenischen Führung in verschiedenen Dörfern und mit russischen Regierungsvertretern in Moskau, bis eine Einigung über die *Zusammenkunft Jelzins mit Jandarbijew im Kreml* erzielt werden konnte.

Anlässlich dieses ersten Gipfeltreffens am 27. Mai 1996 vereinbarten die Konfliktparteien, "sich für die Lösung jeglicher Streitfragen der Gewaltanwendung und der Androhung von Gewalt zu enthalten", und beschlossen einen Waffenstillstand. Die Verhandlungen wurden am folgenden Tag in Moskau und am 4. Juni in der Hauptstadt der westlichen Nachbarrepublik Inguschetien, Nasran, auf niedrigerer Ebene fortgesetzt. Die Unterstützungsgruppe vermittelte die Gespräche in Nasran und bemühte sich, die Positionen in der zentralen Streitfrage der Wahlen anzunähern: Die Vertreter Moskaus insistierten darauf, daß am 16. Juni in der Republik die Präsidentschaftswahlen ungestört durchgeführt werden könnten, die Vertreter des Widerstands widersetzten sich den von Sawgajew für das gleiche Datum angekündigten Lokalwahlen. Am 10. Juni wurden zwei Protokolle über die Verwirklichung des Waffenstillstandes und den Austausch von Gefangenen unterzeichnet. Der Geist einer im ersten Protokoll vereinbarten Klausel, daß die Lokalwahlen nach dem Truppenabzug abgehalten werden sollten, wurde durch die sofort danach von Sawgajew bestätigten Lokalwahlen verletzt.

Am Wahltag hielt sich die tschetschenische Konfliktpartei militärisch zurück und tolerierte damit auch die Durchführung der Präsidentschaftswahlen in der Republik. Das Verhältnis zu Moskau blieb aber auch danach sehr gespannt; der Waffenstillstand wurde laufend verletzt. In den Tagen nach dem zweiten Wahlgang der russischen Präsidentschaftswahlen vom 3. Juli kam es zu einer neuen Eskalation der Gewalt: Moskau rechtfertigte die ausgedehnten russischen Angriffe gegen Dörfer und Stellungen im Süden Tschetscheniens mit dem Vorwurf der "unverminderten Waffenstillstandsverletzungen" der anderen Seite. In dieser verschärften Situation bemühte sich die Unterstützungsgruppe mit begrenztem Erfolg um weitere Treffen sowohl für den Gefangenenaustausch als auch zwischen den Militärkommandanten.

Am 6. August 1996 stürmten die tschetschenischen Separatisten Grosny und brachten den größten Teil der Stadt unter ihre Kontrolle. Während dieser Kampfhandlungen war der Kontakt der Unterstützungsgruppe mit den Konfliktparteien auf spärliche Telefonverbindungen reduziert. Alexander Lebed, der neu ernannte Sekretär des russischen Sicherheitsrates, wurde als Bevollmächtigter für Tschetschenien eingesetzt und vereinbarte im direkten Kontakt mit Aslan Maschadow, dem Stabschef der tschetschenischen Streitkräfte, einen Waffenstillstand ab dem 13. August. Die Unterstützungsgruppe wurde erst wieder in die Verhandlungen einbezogen, als mir Lebed am 28. August in Moskau den Entwurf für ein Abkommen unterbreitete, den ich am folgenden Tag Jandarbijew übermittelte. Das Abkommen wurde am 31. August in Chasawjurt, im östlich benachbarten Dagestan, unterzeichnet. Die Unterstützungsgruppe trug mit ihren Kommunikationsmitteln dazu bei, daß das Treffen stattfand, dem mein polnischer Stellvertreter und ich als Beobachter beiwohnten.

In den beiden folgenden Monaten, in denen die direkten Kontakte zwischen den Konfliktparteien bedeutend intensiver geworden waren, konzentrierte sich die Arbeit der Unterstützungsgruppe auf drei Bereiche: Erstens bemühte sich die Gruppe darum, daß der Verhandlungsprozeß von der Ebene Lebed-Maschadow auf die Ebene Tschernomyrdin-Jandarbijew gehoben werden konnte. Zweitens nahm sie an der Waffenstillstandskommission und an der Gefangenenkommission teil und begleitete einzelne von diesen Kommissionen vereinbarte Aktivitäten. Drittens setzte sie sich dafür ein, daß die nach wie vor ungelöste Frage der Präsenz der Föderationstruppen behandelt würde. Am 23. November unterzeichnete Präsident Jelzin das Dekret für den vollständigen Truppenabzug. Dieses Dekret räumte das wichtigste Hindernis für die Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aus dem Weg. Im Hinblick auf diese Wahlen stellten sowohl Moskau als auch die tsche-

tischenische Seite hohe Erwartungen an die OSZE, insbesondere hinsichtlich einer internationalen Wahlbeobachtung.

Der Beitrag der OSZE bestand aus drei Elementen: Erstens mobilisierte die Unterstützungsgruppe mit der Zustimmung der russischen Behörden von OSZE-Teilnehmerstaaten die finanziellen Mittel, die sie der tschetschenischen Wahlkommission für die Organisation der Wahlen auszahlen konnte. Gleichzeitig beschaffte sie aus Wien Wahlurnen und andere technische Mittel für die Wahlen, z.B. kleine UV-Lampen und Sprays für eine unsichtbare Markierung auf der Hand aller Wähler und Wählerinnen zur Sicherstellung einer nur einmaligen Stimmabgabe. Zweitens unterstützte sie - wo es notwendig war - die Wahlkommission mit vereinzelt organisatorischen Maßnahmen. Sie ließ beispielsweise außerhalb der Republik die 1,4 Millionen Wahlzettel drucken und transportierte sie nach Grosny. Drittens organisierte sie den Aufenthalt von über 70 OSZE-Wahlbeobachtern und Wahlbeobachterinnen, die unter umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen für vier Tage nach Tschetschenien kamen. Allein die Tatsache, daß in der unmittelbaren Nachkriegssituation Wahlen durchgeführt werden konnten, war ein großer Erfolg. Sowohl die OSZE-Beobachter als auch die anderen internationalen und russischen Beobachter bestätigten einstimmig ihren demokratischen Charakter.

Im Anschluß an die Wahlen und die Inauguration des neuen Präsidenten Maschadow wurde von beiden Seiten bestätigt, daß die Unterstützungsgruppe in Tschetschenien verbleiben soll.

Die Arbeit der Unterstützungsgruppe

Die Arbeit der Unterstützungsgruppe bestand im wesentlichen darin, mit beiden Konfliktseiten den Kontakt zu suchen und zu vertiefen.² Von Januar

² Ab Mai 1996 erfolgten die wichtigsten Kontakte mit Moskau in täglichen Telefongesprächen mit dem Verwaltungschef von Premierminister Tschernomyrdin, Sergej Stepaschen, und dann - als ab August der neue Sekretär des Sicherheitsrates Lebed für die Verhandlungen zuständig wurde - mit hohen Vertretern des Sicherheitsrates, wobei die Kontakte zur Umgebung des Premierministers nie unterbrochen wurden. Seit Lebeds Ablösung (20. Oktober 1996) - in einer Zeit, als die Unterstützungsgruppe den Verhandlungsprozeß nur noch unterstützend begleitete - erfolgten verschiedene telefonische Kontakte mit seinem Nachfolger Rybkin. Weitere Gesprächspartner in Moskau waren Nationalitätenminister Michailow, Lebeds Stellvertreter Charlamow und dann vor allem Rybkins Stellvertreter Beresowskij, hohe Vertreter des Außenministeriums, die Dumamitglieder Sorin und Barawoj, der stellvertretende Innenminister Schkirko, der frühere Dumapäsident und Tschetschene Chasbulatow und Präsidentenberater Pain. Während der ganzen Zeit war Arkadij Iwanowitsch Wolskij, Präsident der Russischen Industriellenvereinigung und stellvertretender Delegationsleiter in den Verhandlungen 1995, die Vertrauensperson der Unterstützungsgruppe im Hintergrund und vermittelte alle wichtigen Kontakte zur russischen Regierung (Premierminister Tschernomyrdin, Innenminister Kulikow, Verteidigungsminister Gratschow, Außenminister Primakow und Alexander Lebed).

1996 bis März 1997 reiste ich über dreißigmal von Grosny nach Moskau, manchmal auf dem Weg nach Wien, Bern oder Kopenhagen. Abgesehen von dieser Pendeldiplomatie bestanden die Kontakte mit Moskau in unzähligen Telefongesprächen. Dafür war das *Satellitentelefon*, das unabhängig vom lokalen - zumeist inexistenten - Telefonnetz auch an eine Autobatterie angeschlossen werden konnte, das wichtigste Arbeitsinstrument. Ohne Satellitentelefon wäre diese Mission nicht möglich gewesen.

Bei all diesen Kontakten ging es vor allem darum, Informationen und Eindrücke zu übermitteln und Positionen in Erfahrung zu bringen. Die Initiative für diese Kontakte ging in den meisten Fällen von der Unterstützungsgruppe aus. Mit der Zunahme der direkten telefonischen Verbindungen zwischen beiden Seiten ab Oktober 1996 nahm auch die Bedeutung unseres Kanals ab, der zuvor zwischen Mai und August wohl nicht der einzige, aber wahrscheinlich der wichtigste gewesen war. Die Unterstützungsgruppe war für beide Seiten eine Quelle für Informationen über die Entwicklung auf der anderen Seite, die - im Gegensatz zu Pressemeldungen - auf vertraulichen Kontakten beruhten.

Wenn es in diesen Kontakten darum ging, daß die Unterstützungsgruppe eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen hatte, war es wichtig, die entsprechenden Absichten des Gesprächspartners zu spüren, damit die Unterstützungsgruppe selbst einen diesbezüglichen Vorschlag formulieren konnte, der dann vom Gesprächspartner vielleicht nur mit einem Kopfnicken quittiert werden mußte. Eine Haltung oder ein Vorschlag einer Seite wurde niemals als Wunsch der anderen Seite übermittelt, sondern lediglich als eine "Bereitschaft" für den Fall, daß auf der anderen Seite ebenfalls eine entsprechende "Bereitschaft" bestände. Eine zweiseitige Bereitschaft reicht dafür aus, daß ein direkter Kontakt vermittelt werden kann. Ab Herbst 1996 konnte der direkte Dialog auch dadurch unterstützt werden, daß den

Während sich der Schwerpunkt der Kontakte in Moskau gemäß der sich verändernden Zuständigkeit verlagerte - Stepaschen/Michailow, dann Lebed, dann wieder Stepaschen und schließlich Rybkin - beschränkten sich die Kontakte mit der tschetschenischen Konfliktpartei auf eine gleichbleibende Gruppe von rund zehn führenden Persönlichkeiten: Selimchan Jandarbijew (Präsident bis 12. März 1997), Aslan Maschadow (Stabschef der Streitkräfte, dann Premierminister, ab 12. März 1997 Präsident), Mowladi Udugow (Informationsminister), Said-Hassan Abumuslimow (Vizepräsident von Jandarbijew), Chodscha Ahmed Jarechanow (Bildungs- und dann Ölminister), Ahmed Sakajew (Feldkommandeur, Kulturminister und Sicherheitsberater), Schamil Bassajew (Feldkommandeur), Kasbek Makaschew (Innenminister), Isa Idigow (Parlamentspräsident) und Mummadi Saidajew (Stabschef, dann Vorsitzender der Wahlkommission). Wichtige Kontakte liefen auch über Ruslan Auschew und Boris Agapow (Präsident und Vizepräsident der Nachbarrepublik Inguschetien), die das Vertrauen beider Seiten genossen. Die Kontakte mit Doku Sawgajew und seiner Regierung - bis Anfang August 1996 - manifestierten vor allem unsere Unparteilichkeit, hatten aber für die Vermittlungstätigkeit keine große Bedeutung.

tschetschenischen Vertretern das OSZE-Satellitentelefon für ihre Gespräche mit Moskau zur Verfügung gestellt wurde.

In verschiedenen Situationen machte die *Unterstützungsgruppe auch eigene Vorschläge*. Zum Beispiel stellte sich für das Treffen im Kreml das protokollarische Problem der Ankündigung an die Medien. Die Lösung wurde in einer Erklärung der OSZE gefunden, die auf das Militärabkommen von 1995 Bezug nahm. Dabei wurde die "Regierung der Tschetschenischen Republik Itschkeria" erwähnt und wie im Militärabkommen mit der Fußnote "die Tschetschenische Republik Itschkeria wird von der Gesetzgebung der Russischen Föderation nicht anerkannt" versehen. Am 24. Mai ließ die Unterstützungsgruppe - nach der letzten Bestätigung aus Moskau - die OSZE-Erklärung von der schweizerischen Botschaft in Moskau an die Medien verteilen. Eine Stunde später erfolgte - wie vereinbart - die offizielle Bestätigung des Presseamts des Präsidenten, verbunden mit der Erklärung, die Sicherheit der tschetschenischen Delegation zu garantieren. Kurz danach veröffentlichten wir eine weitere Medienerklärung, in der wir im Auftrag von Jandarbijew dessen Bestätigung der OSZE-Ankündigung mitteilten.

Voraussetzung für einen Verhandlungsprozeß und damit auch für eine Vermittlungstätigkeit ist die Verhandlungsbereitschaft beider Konfliktparteien. Doch auf beiden Seiten besteht eine solche Bereitschaft nicht generell, sondern lediglich im Lager der Friedenswilligen. *Die Chancen des Friedensprozesses hängen deshalb vor allem davon ab, ob sich in der internen Auseinandersetzung innerhalb beider Seiten die kompromißbereiten Kräfte durchsetzen können*. Auf der tschetschenischen Seite nahm die Unterstützungsgruppe diese Auseinandersetzung nicht als offene Positionskämpfe, sondern vielmehr dadurch wahr, daß sich die Radikalen in Momenten, in denen Verhandlungen anstanden, skeptisch zurückhielten, um dann in militärischen Aktionen - Angriffe auf Grosny im März und August 1996 - eine um so größere Rolle zu spielen. Der tschetschenische Widerstand versuchte stets, nach außen hin eine Geschlossenheit zu zeigen, die im Widerspruch zu Behauptungen russischer Medien und Politiker stand, es handle sich lediglich um unabhängig operierende "Banditenformationen" (im Juli 1996 sprachen diese Quellen von noch rund 40 solcher Banden). Auf der Seite Moskaus hatte die Unterstützungsgruppe fast ausschließlich mit Exponenten des verhandlungswilligen und kompromißbereiten Lagers zu tun, deren Einfluß und Handlungsspielraum je nach politischer Lage variierten.

Im Friedensprozeß konnten die kompromißbereiten Kräfte auf beiden Seiten für ihre interne Auseinandersetzung von der OSZE internationale Unterstützung erhalten. Dies war ein zentraler Beitrag der Unterstützungsgruppe und

der OSZE insgesamt zum Friedensprozeß. Beispielsweise bestätigte die Regierung Sawgajew unmittelbar nach der Unterzeichnung der erwähnten Protokolle von Nasran vom 10. Juni die Durchführung der für den 16. Juni geplanten Lokalwahlen, die im Widerspruch zum Geist des ersten Protokolls standen. Kurz danach wurde die Unterstützungsgruppe von Moskau und von Sawgajew gebeten, sich dafür einzusetzen, daß sich die andere Seite am Wahltag zurückhielte. Ich erfuhr später, daß die Tatsache, daß ich dabei eine Erklärung der OSZE über die Lokalwahlen in Aussicht stellte, das entscheidende Argument der Gemäßigten gegenüber den Radikalen im tschetschenischen Verteidigungsrat war, damit ein für den Wahltag geplanter Angriff auf Grosny abgeblasen wurde. Am 18. Juni erfolgte eine Presseerklärung des schweizerischen OSZE-Botschafters in Wien, wonach die OSZE den Lokalwahlen den demokratischen Charakter absprach. Gegenüber der Kritik eines TV-Journalisten am Chasawjurt Abkommen verteidigte Lebed am 2. September die Möglichkeit der Durchführung von demokratischen Wahlen in Tschetschenien mit dem Hinweis auf die Präsenz der OSZE bei den Verhandlungen in Chasawjurt und auf meine Unterschrift unter dem Dokument.

Die internationale Unterstützung des Friedensprozesses äußerte sich in den offiziellen Erklärungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, insbesondere der USA und der EU-Staaten, und in deren Interventionen bei der russischen Regierung. Diese konnten sich auf die Berichte der Unterstützungsgruppe abstützen, die in der Regel wöchentlich nach Wien gesandt wurden. Weitere Informationen erfolgten telefonisch oder in persönlichen Kontakten und Briefings mit ausländischen Diplomaten in Moskau und Wien. Dadurch stärkte die OSZE die internationale Aufmerksamkeit für einen Konflikt, zu dessen Lösung internationaler Druck einen Beitrag leisten konnte.

Die Unterstützungsgruppe war stets sehr offen gegenüber Medienkontakten. Dafür gab es zwei Gründe: Einerseits gelang es der Unterstützungsgruppe über ihre häufige Präsenz in den russischen Medien, die eigene politische Rolle im Friedensprozeß zu stärken. Andererseits ging es im Interesse des Ansehens der OSZE auch darum, in den internationalen Medien die konkrete Arbeit der OSZE in einem Konfliktgebiet zu erklären. Pressekontakte schufen auch Probleme: Ende Januar 1997 bestätigte ich auf einer Pressekonferenz in Moskau auf die Frage eines tschetschenischen Journalisten, der Jandarbijew nahestand, daß die OSZE auch nach den Wahlen Tschetschenien als Teil der Russischen Föderation betrachte. Am 4. Februar wurde ich deswegen von der abtretenden Regierung aus der Republik ausgewiesen. Eine Woche später kehrte ich auf Einladung von Präsident Maschadow zu dessen Inaugurationsfeier nach Grosny zurück.

In einem Krieg zu vermitteln, ist gefährlich. Am 11. Juni wurden auf den von der OSZE begleiteten Konvoi der tschetschenischen Delegation auf der Rückfahrt von den Verhandlungen in Nasran zwei Bombenanschläge verübt. Zu Beginn der Kriegshandlungen in Grosny im August 1996 wurde das Haus der Mission von zwei russischen Helikopterraketen und Maschinengewehrfeuer getroffen. Die vier Missionsmitglieder verbrachten anschließend acht Tage in einem kleinen Obstkeller. Im Vorfeld der Wahlen war ein politisch motiviertes Attentat nicht mehr auszuschließen, nachdem am 17. Dezember sechs Mitarbeiter des IKRK ermordet worden waren. Neben diesen politisch motivierten Gefahren bestand auch stets die Gefahr einer kriminellen Geiselnahme. Das Sicherheitsdispositiv der Unterstützungsgruppe wurde laufend den Umständen angepaßt. Dazu gehörten die drei gepanzerten Fahrzeuge, der ständige Funkkontakt innerhalb der Gruppe und jener mit den lokalen Sicherheitsbehörden sowie eine eigene Wache mit bis zu neun bewaffneten lokalen Angestellten. Daß bis heute niemand aus der Gruppe zu Schaden gekommen ist, gehört zum allgemeinen Glück, das die Arbeit der Unterstützungsgruppe begleitet hat.

Folgerungen

In einem Friedensprozeß kann Unklarheit als ein Instrument konstruktiver Zweideutigkeit sehr nützlich sein. Das Chasawjurter Abkommen enthält eine solche Ambiguität, da es von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert werden kann. Solange unmittelbar anstehende Probleme gelöst werden können, ist Klarheit bei Problemen, die aufgeschoben werden können, nicht notwendig und sollte auch nicht durch Fragen erzwungen werden, die nur widersprüchliche Antworten beider Seiten hervorrufen. Deshalb klammert der Friedensvertrag vom Mai 1997 die Statusfrage weiterhin aus.

Es lohnt sich, sich auch für Schritte im Friedensprozeß einzusetzen, deren unmittelbarer Erfolg noch sehr fragwürdig erscheint. *Auch ein verletzter Vertrag kann seinen Beitrag zum Frieden leisten*, und ein Abkommen kann auch unabhängig von seiner Einhaltung einen Sinn haben. Auf das Militärabkommen vom Juli 1995 wurden z.B. keine allzu großen Hoffnungen gesetzt; es wurde sehr bald verletzt. Trotzdem bewies es zum ersten Mal die Möglichkeit eines Vertragsabschlusses zwischen den Konfliktparteien. Auch der im Kreml vereinbarte Waffenstillstand und die beiden in Nasran unterzeichneten Protokolle wurden schon in den ersten Tagen nicht eingehalten, trotzdem blieben sie danach nützliche Referenzpunkte für den Friedensprozeß.

Optimismus kann als politisches Instrument für eine "sich selbst erfüllende Prophezeiung" eingesetzt werden. Im November und Dezember 1996 schätzten die Medien die Aussichten für eine demokratische Durchführung der Wahlen nicht sehr positiv ein. Die Unterstützungsgruppe produzierte in ihren Pressekontakten ungebrochenen Optimismus, um gegen Behauptungen anzukämpfen, demokratische Wahlen seien - auch angesichts der kurzen Frist - a priori ausgeschlossen. Der Optimismus hat zum Erfolg der Wahlen beigetragen.

Der beschriebene *Erfolg des "Tandems" der Unterstützungsgruppe und der OSZE als Staatenorganisation* beruhte einerseits auf der permanenten Präsenz einer kleinen Gruppe von vier bis acht Diplomaten und Offizieren im Krisengebiet, wodurch die Vertrauensbeziehungen zu den Akteuren beider Konfliktparteien erst möglich wurden. Die multinationale Zusammensetzung sicherte der Gruppe vielfältige kulturell bedingte Kompetenzen, die für das Verständnis eines zwischen-ethnischen Konflikts wichtig waren. Die Gruppe bestand in dieser Zeit aus vier bis acht Mitgliedern aus Dänemark, Deutschland, England, Italien, Moldau, Schweden, der Schweiz, Spanien und den USA, die in der Regel sechs Monate in Grosny verbrachten. Mein Stellvertreter, Zenon Kuchciak, der seit Beginn der Mission im April 1995 der Gruppe angehört, ist Pole.

Andererseits erlaubte die beschränkte Größe der OSZE-Vorsitzländer Schweiz (1996) und Dänemark (1997), daß ihnen die Konfliktparteien keine eigenen Interessen im Konflikt nachsagen konnten. Ebenso wirkte sich die *einheitliche Position der USA, der EU und der einzelnen europäischen Staaten gegenüber dem Konflikt sehr positiv auf die Einflußmöglichkeit der OSZE aus.* Dabei hatte die OSZE - und noch viel weniger die Unterstützungsgruppe - nur beschränkte Druckmittel, sie verfügte über relativ wenige "sticks" und "carrots". Dies wirkte sich für die Möglichkeit, daß sich die OSZE mit diesem Konflikt überhaupt befassen konnte, positiv aus, weil sie a priori nicht bedrohlich war. Die Unterstützungsgruppe mußte argumentieren und überzeugen, drohen konnte sie nicht.